

Entwicklungspolitik zwischen Demokratie und Menschenrechten

Ludwig Watzal

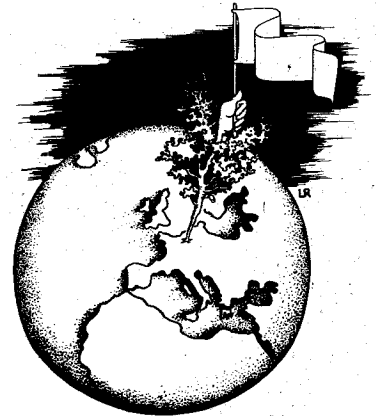
Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt ist an den Ländern südlich der Sahara und in Mittelamerika weitgehend vorbeigegangen. Die Bilanz der letzten drei Dekaden ist deprimierend. Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. So ging das Pro-Kopf-Einkommen in Subsahara-Afrika seit 1980 2,5 Prozent pro Jahr zurück. Lichtblicke gibt es nur im kleinen.

Die Ursachen für die ausbleibenden Entwicklungserfolge sind bekannt: hohes Bevölkerungswachstum, extreme Abhängigkeit im Export von einzelnen Rohstoffen, Protektionismus der Industrieländer, hohe Verschuldung, niedriger Ausbildungsstand der Bevölkerung, Eingriffe des Staates in den Wirtschaftskreislauf, parasitäre Eliten u. v. m.

Daneben bahnt sich auf der globalen Ebene eine Katastrophe an, die apokalyptische Dimensionen annehmen kann. Die apokalyptischen Reiter kommen daher in Form der **globalen Umweltzerstörung**, des Treibhauseffektes, Tschernobyl, der schwinden-

den Ozonschicht, der Landschaftszerstörung und Bodenerosion, der Abholzung der Regenwälder, der chaotischen **Zunahme der Weltbevölkerung** sowie einer Migrationswelle von Süd nach Nord, so daß eine Haltung wie „Weiter so!“ gerade selbstmörderisch wäre. Die „Zwei-Drittel-Welt“ bemächtigt sich peu a peu des reichen Drittels. Wer will es ihnen verdenken. Bisher sind sie mit den Brosamen der Zivilisation abgefunden worden. Sollte sich die Weltbevölkerung bis zum Jahre 2030 tatsächlich verdoppeln, wie Bevölkerungswissenschaftler vermuten, steht der Kollaps ohnehin ins Haus. Eine Versorgung dieser Anzahl von Menschen würde eine zehnfache

Steigerung des Weltwirtschaftsvolumens voraussetzen. Auf der Grundlage dieser nicht gerade rosigen Aus-



sichten ist eine konzertierte Aktion Umwelt- und Entwicklungspolitik ein Gebot der politischen Vernunft.

Herausforderungen kollektiv lösen

Sind wir überhaupt verpflichtet, uns um all diese Probleme zu kümmern und Entwicklungshilfe zu leisten? Oswald von Nell-Breuning nannte es einmal ein Gebot der Klugheit, ja des Selbsterhaltungstriebes, den Entwicklungsländern zu helfen.

Worin besteht die ethische Pflicht zur Hilfe? Christen begründen ihre Hilfe gegenüber Dritten mit dem Gebot der Nächstenliebe, das sich wiederum aus der Liebe Gottes zum Menschen herleitet. Theologisch gesprochen, ist der Mensch Ebenbild Gottes. Eine solche Rechtfertigung läßt sich aber nicht ohne weiteres auf einen säkularen Staat übertragen. Hier müssen profanere Rechtfertigungsgründe vorgetragen werden. Verpflichtungsgründe wären die Menschenliebe (Philantropie) und die soziale Gerechtigkeit. Da die Menschheit ein gesellschaftliches Ganzes bildet (Weltgemeinwohl), ist Hilfe der Reichen für die Armen notwendig und ethisch geboten.

Die globalen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, müssen von der Staatengemeinschaft kollektiv gelöst werden, aber nach dem Motto: Jeder nach seinen Fähigkeiten. Es bedarf einer Wohlstandsangleichung, damit die Kluft zwischen arm und reich nicht noch größer wird. Es ist jedoch zu befürchten, daß dies eintritt. Die Weltbank kommt zu folgendem Resumé: „Vielen Entwicklungsländern ist es nicht nur mißlungen, mit den Industrieländern Schritt zu halten, ihre Einkommen sind vielmehr gesunken.“ Die wirtschaftlichen Fortschritte seien hauptsächlich den Eliten zugute gekommen.

Staatlicherseits wird ebenfalls betont, daß die Bundesregierung sowohl aus moralischer Verantwortung als auch politischer und wirtschaftlicher Weitsicht Entwicklungspolitik betreibe. Der rein interessenorientierte Standpunkt wurde in den letzten Jahren jedoch überbetont. Zeitweise schien es so, als sei das Entwicklungshilfeministerium für die Exportförderung der deutschen Wirtschaft zuständig. Es ist zu hoffen, daß die deutsche Entwicklungspolitik sich wieder stärker auf ihr humanitäres Erbe besinnt. Erste Zeichen der Hoffnung gibt es bereits. So hat der neue Entwicklungshilfeminister Spranger angekündigt, daß nur noch die Länder mit Entwick-

lungshilfe bedacht werden, die die **Menschenrechte achten und demokratische Strukturen fördern**. Aber warum bekommen dann die VR-China und Zaire immer noch Entwicklungshilfe?

Eine völlige Einstellung der Entwicklungshilfe, wie sie Brigitte Erler oder der Engländer Lord Bauer befürworten, wäre moralisch nicht zu verantworten. Obwohl deren Kritik in Teilbereichen durchaus berechtigt erscheint, würde eine Einstellung der Entwicklungshilfe das „Drama“ Dritte Welt nur noch verschlimmern.

Eine Einstellung ließe sich auch politisch nicht durchsetzen, da Entwicklungshilfe ein lukratives Geschäft ist. So wehrt sich die Exportindustrie gegen die Bekämpfung der Armut und bezeichnet diese als „Sozialklimbim“. Sie ist nicht an Kleinprojekten interessiert, da Auslandshilfe den Wirtschaftsinteressen dienen soll.

Umweltzerstörung stoppen

Der Ost-West-Konflikt ist weitgehend überwunden. Die reichen Länder des Nordens werden sich in den kommenden Jahrzehnten mit einem Nord-Süd-Konflikt auseinandersetzen müssen, der viel Einfallsreichtum bedarf. Denn dieser Konflikt läßt sich nicht tottrüsten. Deshalb darf der Nord-Süd-Konflikt nicht mit militärischen Kategorien gesehen werden. Der Besitz weniger moderner Waffen schafft noch nicht die Voraussetzungen für eine militärische Lösung des Konfliktes, wie das Beispiel des Iraks gezeigt hat.

Die globale Gefahr liegt in der arbeits- und profitbedingten Umweltzerstörung. So werden weite Gebiete Afrikas, Asiens und Lateinamerikas abgeholzt, um das tägliche Brennholz zu beschaffen oder um neues Ackerland zu gewinnen. Aber auch die großflächigen Rodungen multinationaler Holzkonzerne tragen zu dieser Umweltkatastrophe bei. Die Gefahr für das internationale System kommt aber von den Destabilisierungstendenzen und der „Chaosmacht“ der Entwicklungsländer.

Da sich die Sicherheit der Industrieländer nicht mehr allein durch militärische Mittel garantieren läßt, muß der Sicherheitsbegriff erweitert werden. Die Sicherheitspolitik muß stärker von der Entwicklungspolitik und der Öko-

logie her definiert werden. Um die ganze Tragweite des Nord-Süd-Konflikts begreifen zu können, müssen sich die Industrieländer bewußt werden, daß sie auch vor einer geistigen Herausforderung stehen.

Dem Phänomen wie Migration, Terrorismus, fundamentalistische Strömungen und Drogenhandel sind nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern auch Ausdruck einer tiefen geistigen Krise der Menschheit. So könnte auch der „Wandermensch“ als „Waffe“ eingesetzt werden, wie es Willy Wimmer, Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium, in einer Rede in Mannheim ausgeführt hat.

In der Auseinandersetzung mit dem fundamentalistischen Islam ist vor dem Aufkommen eines neuen Feindbildes zu warnen. Nach dem Motto: „Von Marx zu Mohammed“ sollte die Auseinandersetzung mit dem Islam nicht geführt werden. Es muß vielmehr aufgezeigt werden, daß er in weiten Bereichen rückwärtsgewandt ist und einer Aufklärung bedarf. Der Nord-Süd-Konflikt darf nicht den Ost-West-Konflikt ersetzen.

Die Politiker müssen sich davor hüten, hier eine neue Legitimationsbasis zu schaffen, die der Rüstungslobby das Denken und eine Konversion ihrer Industrie erspart. Der **islamische Fundamentalismus** läßt sich nicht militärisch eindämmen. Dagegen sollte sich Europa auf seine freiheitliche und christliche Tradition besinnen, um dem „Ansturm“ des Islam begegnen zu können. Die Auseinandersetzung findet nicht auf militärischem Gebiet, sondern auf dem geistig-kulturellen „Schlachtfeld“ statt.

Die westlichen Industrieländer haben auch zu ihrer eigenen Bedrohung beigetragen, indem sie Rüstungsgüter in unvorstellbarem Ausmaß in die Länder der Dritten Welt exportiert und die ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen konserviert haben. Ob der Golfkrieg der erste Krieg des Nordens gegen den Süden war, kann nicht eindeutig beantwortet werden. Tatsache ist jedoch, daß es bei diesem Weltordnungskonflikt um die Ressource Öl ging.

Hätte sich der Irak durchgesetzt, wäre dem Westen die Kontrolle über das Golföl verloren gegangen. Der Verlust des Golfkrieges stellt für einen Teil der „arabischen Nation“ eine Demütigung dar, die, verbunden mit der Demütigung der Kolonialzeit, das

tigkeitsgefühl der Dritten Welt weiter steigern wird und zu einer Radikalisierung führen kann.

Reduzierung des „ökonomischen“ Gefälles

Zwischen Nord und Süd bedarf es der Entwicklung eines Bewußtseins gemeinsamer Sicherheit. Entwicklungs- und Sicherheitspolitik bedarf der Koordination. Eine zukünftige europäische Sicherheitspolitik darf sich nicht den berechtigten Forderungen der Dritten Welt verschließen. Gefordert ist ein rigoroses Waffenexportkontrollgesetz, das nicht so leicht durch die ökonomischen Zwänge aus den Angeln zu heben ist. Kooperative Strukturen der Sicherheit zwischen Nord und Süd sind in Form einer globalen KSZE zu entwickeln. Über ein weltweites Verbot von ABC-Waffen wird schon erfolgreich nachgedacht, bedenkt man die jüngsten Vorschläge des amerikanischen Präsidenten George Bush.

Dauerhafte Sicherheit wird es aber erst dann geben, wenn das ökonomische Gefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern reduziert worden ist. **Eine „Wohlstandsfestung“ Europa läßt sich nicht mit Erfolg verteidigen.** Neben der Achtung der Menschenrechte bedarf es demokratischer Strukturen in den Ländern der Dritten Welt. Man sollte solche Länder durch kurzfristige Erhöhung der Mittel belohnen und eine Prämie für tatsächlich durchgeführte Reformen zahlen. Bei der Einführung demokratischer Verfassungssysteme ist aber darauf zu achten, daß ethnische Minderheiten nicht majorisiert werden und ihre kulturelle Identität bewahren können.

Unser Verhältnis zu den Entwicklungsländern ist durch eine strukturelle Gewalt gekennzeichnet. Die kommt deutlich im System der Weltwirtschaft und in den ökonomischen Abschottungen gegenüber Exporten aus der Dritten Welt zum Ausdruck. Der Agrarprotektionismus muß beseitigt werden, damit die Weltmarktpreise für Agrarprodukte steigen können.

Das Weltwirtschaftssystem muß auch die Interessen der armen Länder berücksichtigen. Die Südkommission schlägt als Modell für die Entwicklungsländer ein qualitatives Wachstum vor, daß die Einkommen der Armen steigert und die Umwelt schont.

Deutsche Entwicklungspolitik sollte für eine humane Entwicklung eintreten.



Immer klarer werden heute die Zusammenhänge zwischen Verarmung und Umwelterstörung erkannt.... Die Zahl der „Umweltflüchtlinge“ nimmt weiter zu.

ten, die auf die Befriedigung der existentiellen menschlichen Bedürfnisse abzielt. Deshalb sind Projekte zu fördern, die die Eigeninitiative der Basis stärken und die Ökologie nicht schädigen. Lokale Ressourcen sind dabei besonders zu berücksichtigen. Einem eventuellen Konflikt mit Großgrundbesitzern oder Rohstoffexporteuren darf nicht ausgewichen werden.

Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte sollten Grundpfeiler deutscher Entwicklungspolitik sein. Dies heißt, daß den „Verdammten dieser Erde“ Teilhabe und Freiheit gebracht werden muß. Wie revolutionär das Konzept der Freiheit und der Menschenrechte sein kann, hat das Beispiel Osteuropa und die Folgen gezeigt. Überall auf der Welt werden die mittelalterlichen kommunistischen Regime gestützt. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, bis die Fossile in Kuba und Peking auf dem „Müllhaufen der Geschichte“ landen.

Des weiteren muß ein Ressourcetransfer von reich zu arm stattfinden. Diese Ressourcen lassen sich in ungeahntem Ausmaß aus einer weltweiten Abrüstung gewinnen. Die Mittel, die dadurch freigesetzt würden, sollten in Menschen und nicht in Waffen investiert werden. Dies verlangt aber eine völlige Umorientierung unserer Politik und Lebenseinstellung. Da über 70 Prozent der Erdressourcen von nur ca. 16 Prozent der Bevölkerung konsumiert werden, scheint eine Entwicklung zuerst in der Ersten Welt beginnen zu müssen. Es geht, wie es Kurt Biedenkopf einmal genannt hat, um eine **Begrenzung durch eine Ethik der Verantwortung.** Eine solche Ethik wird unter anderem auch daran zu messen sein, ob die Industrieländer von einem expansiven Wirtschaftskurs Abschied nehmen, der die Lage der Ärmsten auf dem internationalen Kapitalmarkt dramatisch verschärft.

Achtung der Menschenwürde überall

Gibt es schon ein solches Weltethos und wer soll es tragen? Ein solch weltweiter Konsens könnte nur von den Vereinten Nationen getragen sein. Deshalb bedarf es einer Stärkung dieser Institution. Die Achtung der Menschenwürde müßte als Basis eines solchen Ethos dienen, aber dies ist auch schon heftig umstritten. Eine große Anzahl Länder akzeptiert nicht den Universalitätsanspruch der Menschenrechte. Sie sind im christlich-abendländischen Kulturkreis entstanden und werden deshalb, insbesondere von politischen Fundamentalisten, bekämpft und abgelehnt. Ihrer Meinung nach seien sie zu individualistisch.

Betrachtet man die internationalen Proklamationen und Konventionen, so stellt man fest, daß sich die Weltgemeinschaft auf liberale, soziale und partizipatorische Rechtsgrundsätze geeinigt hat. Dieser Konsens mag zu der Hoffnung berechtigen, daß eines Tages ein globaler Menschenrechtsschutz und die Achtung der Würde des Individuums Konsens der Weltgemeinschaft sein könnte.